

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stefan Schmidt, Katharina Beck, Dr. Moritz Heuberger, Max Lucks, Sascha Müller, Karoline Otte, Matthias Gastel, Julian Joswig und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Digitale Bezahloption

and-pfalz/mainz/laut-steuerbeoerde-rheinland-pfalz-kann-digitales-bezahlen-steuerbetrug-verringern-100.html).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welchen zeitlichen Rahmen setzt die Bundesregierung für die schrittweise Einführung mindestens einer digitalen Zahlungsoption im Zahlungsverkehr, und welche konkreten gesetzlichen Schritte sind dabei vorgesehen?
2. Bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Bundesregierung, eine flächen-deckende Verfügbarkeit digitaler Zahlungsmöglichkeiten in Deutschland zu erreichen?
3. Welche Erfüllungsoptionen (unbare Zahlungsmittel) sieht die Bundesregierung vor, um der Vorgabe einer digitalen Bezahloption nachzukommen?
4. Wie hoch sind die relativen Gebühren für Kartenzahlungen in Deutschland im Vergleich zu den Gebühren in Norwegen, Dänemark, Luxemburg und Litauen (vgl. www.focus.de/finanzen/gastronomen-wollen-bargeld-und-klagen-ueber-kartenzahlung-das-steckt-dahinter_d79d1f7d-b7aa-477b-a2a3-fa2df104b1c8.html) (bitte nach Girokarten, Kreditkarten und anderen digitalen Zahlungsoptionen aufschlüsseln)?
5. Wie beabsichtigt die Bundesregierung sicherzustellen, dass alle Bevölkerungsgruppen Zugang zu digitalen Zahlungsoptionen erhalten, und welche konkreten Maßnahmen ergreift sie hierfür?
6. Wie plant die Bundesregierung bei digitalen Bezahloptionen ein hohes Datenschutzniveau zu erhalten und sicherzustellen, dass nicht sämtliche ihrer Transaktionen überwacht und gar einer Vorratsdatenspeicherung zugeführt werden?
7. Inwieweit werden bei der Einführung digitaler Zahlungsoptionen auch Aspekte der Barrierefreiheit und Inklusion berücksichtigt?
8. Plant die Bundesregierung Förderprogramme oder technische Unterstützungsangebote z. B. für gastronomische Betriebe zur Einführung moderner Kassensysteme, und wenn ja, welche?
9. Sind Ausnahmen von der geplanten Verpflichtung angedacht (z. B. für Kleinbetriebe), und wenn ja, welche, und aus welchen Gründen?
10. Werden technische Mindestanforderungen für eine Verpflichtung als notwendig angesehen, und wenn ja, welche?
11. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung auf das Steueraufkommen durch eine verstärkte Nutzung digitaler Bezahloptionen?
12. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die jährlich entgangenen Steuereinnahmen aufgrund von Steuerhinterziehung in der Gastronomie in Deutschland (vgl. www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/werner-knallhardt-nur-bar-wie-lange-lassen-wir-uns-die-steuerhinterziehung-in-der-gastronomie-noch-bieten/29855954.html) (bitte für die letzten fünf Jahre angeben)?
13. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Steuerbetrug in der Gastronomiebranche zu verhindern und die entgangenen Steuereinnahmen möglichst zu reduzieren?
14. Rechnet die Bundesregierung durch die Abschaffung der Bonpflicht mit einem erhöhten Maß an Steuerbetrug, und wenn nein, aus welchen Gründen nicht (vgl. www.zdfheute.de/wirtschaft/bonpflicht-abschaffung-kritik-100.html)?

15. Mit welchen Kostenersparnissen für Unternehmen rechnet die Bundesregierung durch die Abschaffung der Bonpflicht, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Bereitstellung von Belegen heute bereits digital und kostengünstig über QR-Codes möglich ist?
16. Welche positiven Effekte verspricht sich die Bundesregierung von der Einführung der Registrierkassenpflicht?
17. Welche Herausforderungen sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Einführung der Registrierkassenpflicht für kleine und mittlere Unternehmen?
18. Welches Potenzial sieht die Bundesregierung in digitalen Zahlungen zur Modernisierung und Effizienzsteigerung gastronomischer Betriebe?
19. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über zunehmende Verschuldung von Verbraucherinnen und Verbrauchern aufgrund der vermehrten Nutzung von Mobile Payment?
20. Sind der Bundesregierung Probleme von Verbraucherinnen und Verbrauchern bei der Rückabwicklung, beim Umtausch oder bei der Retoure durch Mobile Payment bekannt?
21. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über zunehmende Verschuldung von Verbraucherinnen und Verbrauchern aufgrund der vermehrten Nutzung von Onlinebezahldiensten?
22. Sind der Bundesregierung Probleme von Verbraucherinnen und Verbrauchern bei der Rückabwicklung, beim Umtausch oder bei der Retoure durch Onlinebezahldiensten bekannt?

Berlin, den 9. September 2025

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

